

Zeitschrift: Bündner Jahrbuch : Zeitschrift für Kunst, Kultur und Geschichte Graubündens
Herausgeber: [s.n.]
Band: 11 (1969)

Artikel: Die Vorarlberger Frage von 1919
Autor: Schmid-Gartmann, Martin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-555595>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Vorarlberger Frage von 1919

Von Martin Schmid-Gartmann

«Es trennt der Rhein als blaues Band
das Vorarlberg vom Gallusland»,

so las man einst im Maiensäumzug der Churer Stadtschüler, als sie dem Lauf ihres Talflusses in einer Reihe bunter Bilder zu folgen versuchten. Tatsächlich erscheint uns heute die *Landesgrenze* am Alpenrhein als etwas Gegebenes und ganz Selbstverständliches. Wir vergessen dabei aber, daß Vorarlberg beinahe alle seine Wasser nach dem Rheine schickt und daß seine Ostgrenze, die einem unwegsamen Gebirgszug folgt, eigentlich die natürliche Länderscheide bilden sollte. Diese wurde bis in unser Jahrhundert herein denn auch nur durch zwei Straßen und den Arlbergtunnel überwunden, während nach der Schweiz die Bahnlinien von Bregenz nach St. Margrethen und von Feldkirch nach Buchs sowie eine Reihe belebter Rheinbrücken führen. Zudem verläuft über jenen östlichen Bergzug, nicht sichtbar, aber deutlich hörbar, die Grenze zwischen der alemannischen und der bayrischen Gruppe der süddeutschen Mundarten. So hört man z. B. im Ländchen überall das auch uns vertraute «gsi», während es weiter östlich «gwea» heißt.

Endlich gehörten Graubünden, das Gebiet des heutigen Kantons St. Gallen und Vorarlberg während mehr als tausend Jahren den *gleichen Staatswesen* an, zuerst der römischen Provinz Rätien, dann dem Frankenreich und zur Zeit der mittelalterlichen deutschen Kaiser dem Herzogtum Schwaben. Als dieses immer mehr zerfiel, gab es Feudalherren, die sowohl östlich als auch westlich des Rheines Gebiete besaßen, so der letzte Toggenburger und die Grafen von Montfort. Damals bewährte sich übrigens nicht einmal der Räti-

kon als Landesmark, langte doch Österreich kurz vor dem Schwabenkrieg über ihn hinweg und beherrschte bis 1649 beinahe den ganzen Zehngerichtenbund. Es bedurfte einer günstigen Gelegenheit, viel diplomatischen Geschickes, walserischer Zähigkeit und bedeutender Opfer, um diese Verbindung wieder zu lösen.

Einmal sah es auch so aus, als ob das ganze Land vor dem Arlberg, wenigstens mittelbar der jungen Eidgenossenschaft zugeführt werden sollte. Nach der Schlacht am Stoß von 1405 stürmten die siegestrunkenen *Appenzeller* über den Rhein und schwuren mit den Leuten von Feldkirch, vom Walgau, von Bludenz, Montafon und «denjenigen, die unter die Fahnen von Rankweil gehörten», den sogenannten Bund ob dem See. Dieser entsprang einer offenbar auch östlich des Rheins bewußt empfundenen demokratischen Tendenz und richtete sich gegen die adeligen Grundherrschaften. Es lassen sich sogar Ansätze zu einer Organisation dieses Bundes nachweisen. Trotzdem mußte er nach der Niederlage der Appenzeller vom Januar 1408 bei Bregenz auf Grund eines königlichen Schiedsspruches aufgelöst werden.

Die dauerhafte Grenze am Rhein bildete sich erst in den Jahrzehnten vor 1500, als die eidgenössischen Orte ihre Vogteien Sargans, Werdenberg, Sax und Rheintal erwarben. Von da an scheinen sich die Gegensätze zwischen Vorarlberg und den angrenzenden, heute schweizerischen Gebieten vertieft zu haben. Diese waren vielfach schlecht regierte Untertanenländer, während die Vorarlberger gegenüber dem weit entfernten Wien gewisse Vorrechte zu behaupten vermochten. Der Zentralismus wurde in den Vorlanden offen-



bar nicht so weit getrieben wie in Innerösterreich.

Reger und freundschaftlicher wurden die Beziehungen zwischen hüben und drüben mit dem Aufkommen der *Textilindustrie*. St. Galler Stickereiherrn schickten einen Teil ihrer Fabrikate zur Veredlung über den Rhein, und dort gab es daher vor dem ersten Weltkrieg 15 000–20 000 Personen, die für schweizerische Firmen arbeiteten. Infolgedessen wurden im Nachbarlande auch das Verständnis und das Wohlwollen für die Schweiz zweifellos vertieft. So weiß Michael Bühler, Redaktor am «Bund», zu erzählen, daß sich zur Jahrhundertfeier von 1891 in Schwyz auch einige Vorarlberger eingefunden hätten, um ihre Verbundenheit mit dem Schweizervolk zu bezeugen. Als am 28. Juli 1914 das Ultimatum an Serbien überreicht wurde, wußten die leitenden Kreise Österreich-Ungarns sehr genau, daß nur ein Sieg die Doppelmonarchie retten könnte, eine Niederlage aber unfehlbar ihre Auflösung bringen müßte, und in Bregenz hätte man, wie behauptet wird, an jenem Abend überall, ohne auf Widerspruch zu stoßen, sagen dürfen, vom Krieg wäre nur eines zu erhoffen, und das sei die Aufhebung der Rheingrenze.

Das Verhängnis nahm indessen seinen Lauf. Von Jahr zu Jahr wurden in Deutschland und

Österreich die Verluste an jungen Menschen immer schwerer, immer drückender Mangel und Entbehrung. Nach der letzten Offensive der Italiener im Spätherbst 1918 brach das Habsburgerreich auseinander. Die Völker wandten sich ab vom alten Thron, der kein Thron mehr war. In Prag wurde die Tschechoslowakische Republik ausgerufen, Kroaten und Slovenen vereinigten sich mit den stammverwandten Serben zum Königreich Jugoslawien; es bildete sich eine unabhängige ungarische Regierung, und in Wien wurde die deutschösterreichische Nationalversammlung eröffnet. Überall berief man sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das durch den amerikanischen Präsidenten Wilson proklamiert worden war.

Nun glaubte Vorarlberg, *der 23. Kanton der Schweizerischen Eidgenossenschaft* werden zu können. Den ersten offiziellen Schritt unternahmen die drei am Bodensee westlich des neuen Rheinlaufes gelegenen Gemeinden Höchst, Gaißau und Fußach. Sie führten schon im Dezember 1918 eine Urabstimmung durch und richteten dann ein mit 612 Unterschriften versehenes Gesuch nach St. Gallen, man möchte sie in den Bezirk Unterrheintal aufnehmen, dabei versichernd, daß sie den Wunsch nach dieser «Grenzregulierung» schon lange vor dem Weltkrieg gehegt hätten.

Die Freunde des Anschlusses an die Schweiz regten sich bald im ganzen Ländchen. Sie machten geltend, daß die Vorarlberger eigentlich gleichen Stammes sind wie die Bevölkerung der angrenzenden Ostschweiz. Hier wie dort haben Rätoromanen vor allem in den Ortsnamen noch unverkennbare Spuren hinterlassen. Zu beiden Seiten des Rheines schoben sich dann Alemannen nach Süden, und zuletzt kamen die Walser, die auch in Vorarlberg die Hochtäler der Besiedelung erschlossen. Während im übrigen Österreich Unordnung beinahe zu einem Kennzeichen der Verwaltungskunst geworden sei — so wurde behauptet —, herrschten im Ländle überall Ordnung und Sauberkeit. Seine Be-



Das Kleine Walsertal

wohner möchten nicht mehr Vasallen einer Politik sein, die mit Blut Geschichte schreibt, sondern einem Staatswesen angehören, des-

sen Ziel in weiser Selbstgenügsamkeit nur das Glück seiner Bürger sei. Auch hofften die Schweizerfreunde, der Anschluß würde dem Lande wieder gesunde wirtschaftliche Verhältnisse bringen, nachdem die fortschreitende Inflation die Kaufkraft des Geldes nahezu ganz vernichtet hatte.

Freilich gab es auch zahlreiche Gegner des 23. Kantons. Das waren Intellektuelle, die sich in erster Linie als Deutsche fühlten, dann manche Fabrikanten und Gewerbetreibende und die Sozialisten, weil diese in der Schweiz einen ausgesprochen kapitalistischen Staat sahen.

Natürlich wurde die Angelegenheit auch in der *Schweiz* erörtert, zunächst aber außerordentlich zurückhaltend. Trotzdem sammelte man drüben Unterschriften für den Anschluß, und bald bekamen die Bestrebungen einen offiziellen Charakter. Sich auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker berufend, beauftragte Ende März die Vorarlberger Landesversammlung in Bregenz einen Fünferausschuß, mit den eidgenössischen Behörden persönlich Fühlung aufzunehmen. An dessen Spitze stand *Landeshauptmann Dr. Ender*, der mit einer Innerrhoderin verheiratet war. Der Bundesrat antwortete aber telegraphisch, daß er einstweilen nicht in der Lage sei, die Abordnung zu empfangen.

Am 11. Mai sprach sich Vorarlberg in einer ordnungsgemäß durchgeführten *Volksabstimmung* mit 45 566 Ja gegen 11 029 Nein grundsätzlich für den Anschluß aus. Die Bedingungen wären mit der Schweiz zu vereinbaren, und dann sollte eine zweite Abstimmung endgültig entscheiden.

Sozusagen lauter Ja, etwa 100 gegen 1, hatten die Walsergemeinden Laterns, Fontanella, Raggall, Silbertal und Dünserberg geliefert. Im Kleinwalsertal aber habe man mit dem Gedanken geliebäugelt, ein ganz kleines, unabhängiges Staatswesen zu bilden, wohl, um sich dann hinterher an Bayern anzuschließen. Diese Haltung ist auch durchaus verständlich, wenn man weiß, daß sich das Tal nach der Donau entwässert, auch heute noch keine fahrbare Verbindung mit dem übrigen Vor-

arlberg besitzt und ein österreichisches Zoll-ausschlußgebiet bildet.

Gegen die Wünsche Vorarlbergs eingestellt war natürlich die Regierung der jungen Republik Deutschösterreich unter Dr. Renner. Sie befürchtete, vielleicht nicht zu Unrecht, der Austritt des westlichen Bundeslandes aus ihrem Staate könnte das Zeichen zu dessen völliger Auflösung geben. Man wurde in diesem Sinne beim Obersten Rat der Alliierten in Paris vorstellig. Dieser gab dann seinen Entwurf für den Frieden von St. Germain bekannt, und darin war die unveränderte Westgrenze Österreichs vorgesehen.

Trotzdem wurde Dr. Ender am 10. Juni 1919 in Bern empfangen. Bundesrat *Calonder*, der damalige Vorsteher des Politischen Departementes, teilte ihm mit, der Bundesrat habe bereits eine Kommission zum Studium der Vorarlbergerfrage eingesetzt. Er möchte aber wissen, ob die Republik Österreich das Selbstbestimmungsrecht Vorarlbergs anerkenne. In der gleichzeitig tagenden Bundesversammlung reichte Nationalrat Gelpke eine Interpellation zur Anschlußfrage ein. Ihm wurde geantwortet, die Sache sei noch nicht spruchreif, und man müsse sich ernstlich fragen, «ob der alte Stamm der Eidgenossen noch Kraft und Saft genug habe, um einen neuen Zweig wachsen zu lassen».

In den folgenden Monaten scheint der Anschlußgedanke in Vorarlberg noch weiter an Boden gewonnen zu haben. Am Abend des 1. August leuchteten von den jenseitigen Bergen Höhenfeuer herüber ins St. Galler Rheintal, und am 10. August wurden im Ländchen gegen 30 Versammlungen abgehalten, und alle bezeugten den festen Willen der Bevölkerung, sich der Eidgenossenschaft anzuschließen. Es wurde ein flammender *Aufruf an das Schweizervolk* erlassen. Tags darauf traten in Brezgen die Vertreter der Gemeinden zusammen, alles einfache Leute. Damals erschien auch die Broschüre «Schweizer! Sind wir eure Brüder?», herausgegeben von Dr. Paul Pirker. Einmal mehr wird darin ausgeführt, Ostschweizer und Vorarlberger seien eigentlich eines Stammes, gleicher Wesensart und ent-

sprechender Lebensgestaltung. So wären beispielsweise beide, Schweizer und Vorarlberger, eifrige Schützen und leidenschaftliche Jasser. Die genannte Broschüre enthält indessen auch Beiträge zweier bekannter Persönlichkeiten aus der welschen Schweiz, nämlich von William Martin, Genf, und Prof. G. de Reynold, Freiburg. Sie setzen sich aus historischen, ideellen und humanitären Gründen für die geplante Vereinigung ein.

Gleichzeitig wurde in der Schweiz ebenfalls immer eifriger diskutiert. Allerlei *Bedenken* meldeten sich, auch solche finanzieller und konfessioneller Art. So glaubte man, im Falle des Anschlusses müßte die Schweiz den Anteil Vorarlbergs an den aufgelaufenen Kriegsschulden übernehmen und wegen der Jesuitenschule in Feldkirch die Bundesverfassung ändern. Buchs fürchtete, seine Stellung als Grenzbahnhof zu verlieren. Andererseits sprach sich eine Volksversammlung im untern Rheintal entschieden für den Anschluß aus, wohl der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beidseitigen Grenzdörfern wegen. Ablehnend verhielt sich die «Thurgauer Zeitung», während der Berner «Bund» zu den entschiedenen Befürwortern gehörte. In Bern bildete sich sogar ein anschlußfreundliches Komitee, dem neben andern Persönlichkeiten alt Bundesrat Forrer und Michael Bühler angehörten. Bestimmend war dabei sicher der selbstlose Wille, dem notleidenden Bruder-volk zu Hilfe zu kommen, und, weniger deutlich ausgesprochen, die Angst vor der Umklammerung durch Deutschland, die uns drohen müßte, wenn sich Österreich samt Vorarlberg nach Norden anschloße. Die sich dann ergebende Landesgrenze wäre für uns aus militärischen Gründen bedenklich gewesen.

Auch in *Graubünden* kamen Gegner und Freunde eines 23. Kantons zum Wort. Der «Freie Rätier» hatte schon am 4. Februar geschrieben: «Die Schweiz muß sich hüten, sich irgendwie zur Auffassung zu bekennen, daß äußere Größe wahre Macht und wahres Glück bedeute, welche Auffassung die meisten Kriege und auch den Weltkrieg entfesselt hat.



Kleines Walsertal.
Mittelberg, 1218 m,
Böden

Ihre Weltmission kann eine kleine Schweiz ebenso gut erfüllen wie eine große, ja vielleicht noch besser, weil sie weniger in Gefahr kommt, mit andern Mächten in äußern Dingen zu rivalisieren.» — Für den Anschluß setzte sich vor allem der Davoser Landamann Dr. Erhard Branger ein. Im Laufe des Herbstes sprach er in Davos, Schiers und Chur. In Schiers wurde er durch Pfarrer Benedikt Hartmann mit aller Entschiedenheit unterstützt, und ein Berichterstatter bekam den Eindruck, die Prättigauer würden ihre Nachbarn nördlich des Rätikon im Schweizerhause willkommen heißen.

Unterdessen stieg die Not in Vorarlberg infolge der *Inflation* weiter an. Österreich konnte weder Kohle, noch Lebensmittel liefern. Da sprang Süddeutschland ein. Seine Hilfe wurde in den Dienst einer zielbewußten Propaganda gestellt. Die Deutschlandfreunde im Ländchen und bestimmte Kreise im Reich arbeiteten auf einen Anschluß an den nördlichen Nachbarn hin, und die Stuttgarter Regierung wäre damit einverstanden gewesen, daß Vorarlberg württembergisch werde.

Im November kam die Angelegenheit nochmals in der schweizerischen *Bundesversammlung* zur Sprache. 101 Mitglieder der Räte richteten eine Eingabe an den Bundesrat und ersuchten ihn, mit allen zulässigen Mitteln dahin zu wirken, daß das Volk von Vorarlberg das Selbstbestimmungsrecht erhalte. Im

Ständerat reichte der Luzerner Vertreter Winiger eine Interpellation ein. Er verlangte einmal Auskunft über die Hilfeleistung an Vorarlberg seitens der Schweiz und sodann über die Auffassung des Bundesrates in der Anschlußfrage. Die Schweizergeschichte kenne manche verpaßte Gelegenheit, und es wäre zu bedauern, wenn man in unsern Tagen wieder von einer solchen reden müßte.

Die Interpellation Winiger gab *Bundesrat Calonder* den Anlaß zu einer groß angelegten Rede. Am 21. November führte er aus: Der Bundesrat ist bereit, unserm kleinen Nachbarland weiterhin wirtschaftliche Hilfe in Form von Lebensmitteln und Krediten zu gewähren. Der Anschluß dagegen ist eine Sache, die zwischen Vorarlberg und Österreich ausgemacht werden muß. Die Schweiz möchte sich in diese Auseinandersetzungen nicht einmischen. Der Anschluß an Deutschland brächte für uns Gefahren mit sich, dagegen würde die allfällige Vereinigung mit der Schweiz unsere Volkskraft stärken. Eine solche wäre auch verkehrspolitisch und im Hinblick auf den Ausbau der vorhandenen Wasserkräfte zu begrüßen. Der Anschluß könnte aber nur erfolgen, wenn das Schweizervolk diesen in einer Abstimmung guthieße und er nicht gegen den Willen unserer Weltschen erfolgen müßte. Von Italien wären keine Einwände zu erwarten, ebenso keine durch den Anschluß Vorarlbergs ausgelöst

Ansprüche auf den Kanton Tessin. Das Schweizervolk hat die Auffassung, Vorarlberg sollte sich gegebenenfalls zuerst als kleiner selbständiger Staat einrichten und dann in ein enges politisches und wirtschaftliches Verhältnis zur Schweiz treten.

Die Rede Bundesrat Calonders machte in der Schweiz und drüben in Vorarlberg im allgemeinen einen guten Eindruck. Ein St. Galler Blatt faßte ihren Inhalt, ein bißchen alltäglich zwar, aber witzig und treffend, wie folgt zusammen: «Verehrte Frau Vorarlbergerin, Sie sind verheiratet und zwar mit Wien. Ich bin der letzte, der Sie zum Ehebruch verleiten möchte. Sollten Sie aber vom Recht auf Scheidung Gebrauch machen wollen, so würden der Bundesrat und die Schweiz Sie in diesen Bestrebungen gern unterstützen, und – der Vorarlbergerin auf die Schulter klopfend – liebe Frau, man kann ja nie wissen, aber im Fall der Fälle wäre es im Schweizerhaus ganz nett, und ich sähe in einer Annäherung nur Vorteilhaftes für uns beide.»

Unfreundlich war das Echo begreiflicherweise in Österreich. Dort hieß es, die Schweiz hätte Vorarlberg zum Abfall ermuntert; und in Deutschland wurde geschrieben, die Schweiz betreibe die Aufnahme des Ländchens vor allem darum, weil sie befürchte, dieses würde sich sonst wahrscheinlich an Württemberg oder Bayern anschließen.

Doch auch bei uns war es nicht allen Leuten so ganz wohl bei der Sache. Wir hätten nicht zu den Siegern gehört, und es wäre wenig ehrenvoll, nun doch noch ein Stück der Beute erhaschen zu wollen. Eine welsche Zeitung schrieb, man sei im Prinzip nicht gegen den Anschluß, auch wenn die Vorarlberger eigentlich monarchisch gesinnt wären, aber man könne sich nicht vom Gedanken befreien, daß wir in dieser Angelegenheit keineswegs auf sicherem Boden stünden. Frankreich und Italien waren im Grunde gegen den Anschluß, weil sie eine weitere Schwächung Österreichs vermeiden wollten.

Am 6. Dezember teilte die *Wiener Regierung* dem Vorarlberger Landtag mit, sie werde einen allfälligen Antrag, über die Auf-

nahme von Verhandlungen mit der Schweiz über die Anschlußfrage nach Paris weiterleiten, behalte sich aber die Abgabe einer Äußerung zur Wahrung der Interessen Österreichs vor. Der Landtag stellte dann einen solchen Antrag und ermächtigte den Landesrat, diesen den Alliierten nötigenfalls selbst zu unterbreiten.

Staatskanzler Renner reiste kurz darauf seinerseits nach Paris, um dem Obersten Rat die verzweifelte Lage seines Landes zu schildern. Er erwirkte die nötigsten Zuwendungen für die augenblicklichen Bedürfnisse. Weiter helfen sollten dann die Kredite Amerikas. Was Vorarlberg anlangte, beschloß der Rat, die Grenzen Deutschösterreichs müßten so bleiben, wie sie der Friedensvertrag von St. Germain umschrieben hatte, und damit war die Anschlußfrage für alle Beteiligten erledigt.

Oder doch nicht ganz? Am 12. Februar 1920 vernahm man ganz unerwartet, daß Bundesrat Calonder aus Gesundheitsrücksichten von seinem Amte zurückgetreten sei, und wir erinnern uns noch sehr genau daran, kurz darauf in einer Zeitung gelesen zu haben, Herr Calonder hätte jedenfalls einen sehr klugen Arzt konsultiert. War also vielleicht doch

Aufruf an das Schweizervolk.

Vorarlbergs Bevölkerung trat nach dem Zerfall der Monarchie wieder in sein natürliches Recht, sich selbst die politische Zukunft als freies Volk zu schaffen. Wie eine Erlösung klang uns die Botschaft vom Selbstbestimmungsrecht der Völker und mächtig ertönte überall in unserem Lande der Ruf nach einem Anschluß an die freie Schweiz. Mit Freuden haben wir vernommen, daß unser Wunsch bei vielen von euch freundlich aufgenommen wurde, und so hoffen wir, daß unsere Landesregierung mit der Eidgenossenschaft verhandeln könne. Nun aber weigert sich die Wiener-Regierung, unser Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen und unsere Wünsche auf der Konferenz von Saint Germain vorzubringen. Dieser Zwingherrschaft, welche uns wider Willen fesselt, wollen wir uns nicht beugen; euch aber rufen wir auf, uns in diesem Kampfe beizustehen. Nur der junge Rhein trennt uns von euch und Grenzen, die durch abgelebte Gewalten errichtet waren. In Sitten, Freiheitsliebe und Ordnungssinn sind wir ein einzig Volk. Wir wollen uns durch unsere frei gewählte Landesregierung mit euch verständigen. Wenn sich in Saint Germain kein Verfechter unserer Rechte findet, wenn unsere Stimme lautlos im Sturme der Zeit verhallt, dann erhebt eure Stimme, auf daß wir Vorarlberger nicht unseres besten Rechtes beraubt werden und unsere gute Sache einen Verkünder für die weite Welt finde in jenen, die mit Recht als Vorkämpfer der Freiheit gelten.“

Ausschnitt aus einem Text der Vorarlberger
Anschlußfreunde

die Vorarlbergerfrage ein bißchen schuld daran, daß auch der zweite und bisher letzte Bündner Bundesrat nach verhältnismäßig kurzer Zeit aus seinem hohen Amte schied? Wie dem auch sei, möchten wir doch festhalten, daß Dr. Eugen Teucher in seinem Buch über die schweizerischen Bundesräte gerade Felix Calonder zu den wirklich bedeutenden Persönlichkeiten zählt, die unserer obersten Landesbehörde angehört hätten.

Es ist zu wünschen, daß das besprochene kleine Kapitelchen neuester Schweizergeschichte bald einmal durch einen berufenen Historiker gründlich erforscht und dargestellt werde.

Daß die getroffene Regelung hinterher keineswegs einheitlich gewertet wurde, mögen Zitate aus den Werken maßgebender Geschichtsschreiber zeigen. Professor *Gagliardi* schreibt: «Unter dem Druck des furchtbaren Elends machte sich im Vorarlberg eine Bewegung nach der Richtung des Beitritts zur Schweiz bemerkbar. Der Bundesrat hat sich aber vollständig zurückgehalten, und man wird diese Zurückhaltung billigen. Die bisherigen Zahlenverhältnisse zwischen Sprachen und Konfessionen wären durch die Aufnahme Vorarlbergs gestört worden. Der für die Aufnahme politisch und psychologisch günstige Augenblick wurde schon 1815 entscheidend verfehlt, und die historische Entwicklung erlaubt nur ganz ausnahmsweise, derartige Unterlassungssünden nachträglich zu berichtigen. 100 Jahre einträchtigen Zusammenlebens lassen sich eben von neuen Gliedern des Staates nicht leicht nachholen, und außerdem hätte es gerade der Eidgenossenschaft besonders übel angestanden, auf die Not eines Nachbarvolkes zu spekulieren. Gegenwirkungen außerordentlich unerwünschter Art. z. B. in alldentscher Linie wären selbstverständlich ebenfalls nicht ausgeblieben, und sogar die durch den Beitritt mögliche Verbesserung der strategischen Grenze böte für damit verbundene moralische Verluste keinerlei ausreichende Entschädigung.»

Anderer Meinung ist Dr. Sigmund Widmer, der heutige Stadtpräsident von Zürich.

In seiner Illustrierten Geschichte der Schweiz von 1965 lesen wir: «Das Verhalten des Bundesrates in dieser Angelegenheit darf man schlicht und einfach als einen Fehler bezeichnen. Vorarlberg hätte militärgeographisch eine wertvolle Verbesserung der schweizerischen Ostgrenze gebracht. Die Bevölkerung — es handelt sich vor allem um aus dem Wallis durch Graubünden gewanderte Walser — war mit ihren ostschweizerischen Nachbarn seit Jahrhunderten eng verwandt. Die damals geäußerte Befürchtung, die Schweiz sei nicht in der Lage, die 150 000 Vorarlberger zu assimilieren, klingt geradezu lächerlich, sofern man bedenkt, daß heute die vierfache Zahl von größtenteils fremdsprachigen Gastarbeitern bei uns tätig ist. Aber selbst, wenn man aus objektiven Gründen gegen eine Aufnahme des kleinen Landes eingestellt war, so wäre es ein selbstverständliches taktisches Gebot gewesen, die Vorarlbergerfrage von seiten der Schweiz hochzuspielen, um sodann mit einem Verzicht auf diese mögliche Gebietserweiterung andere für die Schweiz wichtige Positionen einzuhandeln. Aber auch das unterblieb.»

Seit jenen Auseinandersetzungen um die Aufnahme eines neuen Bundesgliedes sind nun fünfzig Jahre verflossen. Vielleicht, aber nur vielleicht, hätte der damalige Anschluß an die Schweiz dem Lande Vorarlberg die Blutopfer, die Schrecken und die Wunden des zweiten Weltkrieges erspart. Heute hat es sich auch davon ganz prächtig erholt. Landwirtschaft, Industrie und Gastgewerbe blühen, Dörfer und Städte machen den gleichen gepflegten Eindruck wie westlich des Rheins, und unter der Regierung im fernen Wien scheint sich der Vorarlberger wohl zu fühlen. Es ist ja überall so, daß man eine Regierung, die recht weit weg ist, am meisten liebt. Wenn man durchs Ländchen reist, freut man sich besonders auch an der fleißigen, frohmütigen und aufgeschlossenen Bevölkerung und ist glücklich darüber, im Vorarlberger zwar nicht einen Hausgenossen, aber einen freundlichen, stamm- und wesensverwandten Nachbarn zu besitzen.



OTTO BRASCHLER: LESENDER KNABE / WACHS